

Herr Rauch stellt die aktuelle Kartierung des Verkehrslärms vor:⁴

- Die Durchführung der Lärmkartierung sei durch die Europäische Richtlinie 2002/49/EG vorgeschrieben. Demnach seien Berechnungen und keine Messungen durchzuführen, da Messungen zu aufwändig wären. Die Berechnungen beruhten auf Verkehrszählungen.
- Nun gebe es verschiedene Darstellungsformen von Lärmbelastungen, zum Beispiel in Form von Punkten, um die von Lärm betroffenen Gebäude aufzuzeigen.
- Nachteilig an der Berechnung der Lärmbetroffenen sei, dass sie sich auf eine Höhe von vier Meter über dem Gelände beziehe.
- Wie hoch die Anzahl der Lärmbetroffenen sei, hänge auch immer von der Einwohnerzahl, der Gebäudestruktur und vom Verkehrsmodell ab.
- Bei einer zehnpromzentigen Abnahme des Kfz-Verkehrs sei eine Lärmverringerung kaum zu vernehmen, bei einer 30-prozentigen Abnahme hingegen schon. Abnehmende Verkehre an einem Standort führten aber in der Regel zur räumlichen Verlagerung der Verkehre.
- Die Zahl der Lärmbelasteten an den Straßen sei in der Stadt Bremen im Vergleich zu anderen Städten mit mehr als 250.000 Einwohner*innen gesunken.

Auf Nachfragen antwortet Herr Rauch, dass

- alle Ingenieurbüros für die Berechnungen die gleichen Formeln zu nutzen haben. Aufgrund der verschiedenen Software-Produkte, die die Ingenieurbüros nutzen, gebe es bei den Ergebnissen lediglich sehr geringfügige Unterschiede;
- die Ergebnisse der Umgebungslärmkartierung an Schienenwegen von Eisenbahnen des Bundes vom Eisenbahnbundesamt separat dargestellt würden;⁵
- in der Kirchbachstraße, aufgrund knapper Mittel in Verbindung mit anderer Prioritätensetzung, zunächst keine Maßnahmen zu erwarten seien;
- ihnen die Gesamtlärmbewertung vom Gutachter noch nicht vorliege. Einzelanalysen für die Kirchbachstraße, wie in Folie 9 der Präsentation dargestellt, könnten innerhalb von 14 Tagen nachgeliefert werden.

Die Fachausschussmitglieder zeigen sich verärgert über die nicht – wie angekündigt – vorliegenden Ergebnisse.

Herr Rauch wird dem Ortsamt in Kürze die Lärmkartierung 2017 für den gesamten Stadtteil sowie bereits vorhandene Daten zur Kirchbachstraße zur Verfügung stellen, wobei die Kirchbachstraße in zwei Teilabschnitte untergliedert wird.

TOP 2: Bannmeile für „Elterntaxis“ vor der Grundschule Baumschulenweg

Frau Christann und Frau Wittenberg-Italiano schildern mit Hilfe einer Präsentation die verkehrliche Situation im Baumschulenweg, in dem es zeitweise viel Verkehr und daraus resultierende unübersichtliche, gefährliche Situationen im Bereich der Grundschule gebe.⁶ Eltern hielten oftmals auf dem Gehweg, um ihre Kinder ein- und aussteigen zu lassen. Andere Kinder würden dann gezwungen, über die Straße oder den Parkplatz auszuweichen. Ein weiteres Problem sei, dass sich Pkw auf der Hochpflasterung begegneten. Um aneinander vorbei fahren zu können, müssten sie teilweise auf den Fußweg ausweichen. Oft würden Poller dabei umgefahren. Zudem werde auf der Hochpflasterung gehalten, sodass es zu weiteren unübersichtlichen Situationen komme.

Weiter führen sie aus, dass die Anzahl der Schulkinder am Baumschulenweg in den letzten vier Jahren um etwa ein Viertel angestiegen sei, was zu steigenden Verkehrszahlen geführt habe. Hinzu kämen Verkehre von Vereinsmitgliedern des dort ansässigen Sportvereins. Von Seiten der Schule würden bereits Aktionen für Schulkinder durchgeführt und Aufklärungsarbeit der

⁴ Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt. Weitere Informationen sind hier abrufbar: <https://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen213.c.24080.de>.

⁵ Siehe: <http://laermkartierung1.eisenbahn-bundesamt.de/mb3/app.php/application/eba>.

⁶ Die Präsentation mit kurzen Filmaufnahmen ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

Eltern betrieben, die alleine aber nicht ausreichen. Es gebe sogenannte Schulexpress-Stationen rund um die Schule, an denen Eltern ihre Kinder morgens absetzen könnten. Nachmittags gebe es jedoch nicht ausreichend Parkplätze für die wartenden Eltern.

Frau Christann und Frau Wittenberg-Italiano schlagen daher die Einrichtung einer Einbahnstraße zwischen der Zufahrt zum Parkplatz des Sportvereins und der Zufahrt zum Getränkemarkt vor. Weitere Ideen seien eine temporäre Sperre durch Poller sowie der Einsatz von Elternlotsen, wobei Elternlotsen alleine jedoch nicht zu einer merklichen Verbesserung der Situation beitragen könnten.

Der Fachausschuss ist sich einig, dass eine Einbahnstraße schwer umgesetzt werden könne und viele Nachteile mit sich bringe: Es gäbe viele Gegenstimmen, die Verkehre nähmen vermutlich nicht ab, sondern verlagern sich und eine Einbahnstraße führe zu erhöhten Geschwindigkeiten.

Ein Vorschlag von Seiten des Fachausschusses ist zum einen das Anbringen von Schildern mit der Aufschrift, dass Kinder ab den betreffenden Stellen alleine zur Schule gehen könnten. Diesbezüglich merkt Frau Christann an, dass dafür die Parkplätze fehlten und zudem auch weitere Verkehre in der Straße hinzukämen, insbesondere durch Vereinsmitglieder. Zum anderen wird vorgeschlagen, eine weitere Verengung des Straßenraums bei der Hochpflasterung vorzunehmen, sodass dort keine Begegnungsverkehre mehr möglich seien. Diese Idee wird von den Anwesenden begrüßt. So auch der Vorschlag eines Bürgers, ein Rechtsabbiegegebot bei der Ausfahrt aus dem Parkplatz des Sportvereins anzubringen, um den Verkehr vor der Schule, vor allem am Nachmittag, zu verringern.

Frau Dr. Mathes ergänzt auf Nachfrage, dass laut Auskunft des Amtes für Straßen und Verkehr (ASV) die Anordnung eines absoluten Halteverbots im Bereich der Grundschule nicht möglich sei, da ein Parken und Halten in zweiter Reihe sowie auf der Hochpflasterung ohnehin verboten sei.

Der Fachausschuss beschließt einstimmig, dass das Ortsamt sich mit dem Sportverein bezüglich des Rechtsabbiegegebots in Verbindung setzen und eine Verengung des Straßenraums bei der Hochpflasterung beim ASV im Rahmen des Stadtteilbudgets prüfen und hinsichtlich der Kosten schätzen lassen möge.

TOP 3: Anhörung zur Buswendeanlage an der Haltestelle Kulenkampffallee

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass die BSAG beabsichtige, die Linie 22 in Schwachverkehrszeiten zeitweise zu verkürzen. Der Bus solle über die Buswendeanlage geführt werden und dann wieder in die Crüsemannallee in Richtung Süden einbiegen. Frau Auras erläutert die dafür erforderlichen Maßnahmen: Die Zickzack-Markierung solle an der Bushaltestelle „Kulenkampffallee“ in der Crüsemannallee stadteinwärts um fünf Meter erweitert werden. Der Grund sei der, dass die Busse bei der Ausfahrt aus der Buswendeanlage durch parkende Kfz auf der gegenüberliegenden Straßenseite behindert würden. Zudem sei vorgesehen, an der Zufahrt der Wendeanlage zwei der Verkehrszeichen „Verbot für Fahrzeuge aller Art“ mit dem Zusatz „Fahrzeuge der BSAG frei“ aufzustellen.

Aus dem Fachausschuss kommen die Fragen auf, wann die Schwachverkehrszeiten seien und ob eine Änderung des Fahrplans auf die Linie 8 abgestimmt sei, die dort fahre. Frau Dr. Mathes erwidert, dass von der BSAG noch keine Mitteilung hierzu vorliege.

Der Fachausschuss stimmt dieser Maßnahme bei einer Enthaltung einstimmig zu.

TOP 4: Car-Sharing-Station (mobil.pünktchen) in der Hartwigstraße

Wie Frau Dr. Mathes berichtet, hatte der Beirat sowie ein Bürger in Form eines Antrags bereits 2015 gefordert, die Errichtung eines Car-Sharing-Standorts am Schwachhauser Ring zu prüfen. Das Ergebnis vom SUBV sei gewesen, dass der Standort Schwachhauser Ring nicht geeignet sei, jedoch die Hartwigstraße in unmittelbarer Nähe zum Schwachhauser Ring. Nunmehr liege

der Entwurfsplan für ein mobil.pünktchen in der Hartwigstraße vor den Hausnummern 63/65 (auf der rechten Seite stadtauswärts) zur Abstimmung vor.⁷ Vorgesehen sei, dass

- das mobil.pünktchen zwei Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge in der Längsanordnung auf den bestehenden Parkplätzen umfasse,
- eine Insel zwischen den beiden Stellplätzen hergestellt werde, auf der eine Ladesäule für Elektro-Car-Sharing-Fahrzeuge eingerichtet werde,
- eine mobil.punkt-Stele auf die linke Baumscheibe platziert werde,
- zur Freihaltung der Fläche – wenn die Car-Sharing-Autos unterwegs sind – elektrische Klappbügel angebracht würden, die vom Fahrzeug aus per Knopfdruck bedient werden könnten.

Weiter führt Frau Dr. Mathes aus, dass gemäß SUBV die Planung mit dem ASV und der BSAG bereits abgestimmt sei und dort auf Zustimmung stoße. Mit einem positiven Beschluss des Beirats würde dieser Standort in die weitere Umsetzungsplanung für dieses Jahr gehen. Eine Station an dem Standort schließe eine weitere Lücke im Car-Sharing-Angebot in Schwachhausen. Die Auswahl des Betreibers der Station erfolge über ein Interessensbekundungsverfahren, welches voraussichtlich im April 2018 durchgeführt werde.

Herr Dr. Volkmann möchte wissen, anhand welcher Faktoren Car-Sharing-Standorte ausgewählt werden. Frau Dr. Mathes erläutert, dass es im Stadtteil ein möglichst dichtes Netz an solchen Angeboten geben solle. Die Auswahl hänge jedoch auch immer vom Bedarf ab. So sei dieser in innenstadtnahen Bereichen sehr viel höher als in städtischen Randgebieten.

Der Fachausschuss stimmt der Entwurfsplanung für das mobil.pünktchen in der Hartwigstraße einstimmig zu.

TOP 5: Stadtteilbudget: Unterbindung widerrechtlichen Parkens im Kreuzungsbereich Crüsemannallee/ Emmastraße

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass der Fachausschuss am 01.11.2017 beschlossen hatte, eine Maßnahme vom ASV prüfen und hinsichtlich der Kosten schätzen zu lassen.⁸ Da im Kreuzungsbereich Crüsemannallee/ Emmastraße schlechte Sichtverhältnisse für abbiegende Verkehrsteilnehmer*innen, aufgrund ständig widerrechtlich parkender Kfz im Kreuzungsbereich, herrschten und daher ein hohes Sicherheitsrisiko in diesem Bereich gesehen werde, sollten dort Schraffierungen und Baken oder Poller angebracht werden.

Gemäß Frau Dr. Mathes liege das Antwortschreiben des ASV nun vor.⁹ Das ASV habe demnach vorgeschlagen, Baken und Markierungen anzubringen. Die Kosten beliefen sich auf etwa 860 €. Die Folgekosten für die nächsten zehn Jahre würden rund 1.220 € betragen.

Der Fachausschuss stimmt dieser Umsetzung der Maßnahme für insgesamt 2.080 € mit Mitteln aus dem Stadtteilbudget einstimmig zu.

TOP 6: Verschiedenes

Mobile Haltemasten für Geschwindigkeitsmesstafeln (GMT)

Frau Dr. Mathes verweist auf die Deputationsvorlage „Auswertungsergebnisse über den Betrieb von Geschwindigkeitsmesstafeln“.¹⁰ Demnach könne der jährliche Finanzierungsbedarf für den Betrieb der fünf mobilen Masten in Höhe von rund 45.000 € mit dem Beschluss für die Haushaltsjahre 2018/ 2019 nicht gedeckt werden. Daher werde den Ortsbeiräten empfohlen, den Betrieb der Masten anlassbezogen aus Mitteln des Stadtteilbudgets zu finanzieren. Ansonsten müsse der Betrieb der mobilen Masten für die Zeit von zwei Jahren ruhen.

⁷ Die genaue Gestaltungsplanung der Station ist auf Seite 2 der **Anlage 3** zu finden.

⁸ Siehe: **Protokoll Nr. 19** vom 01.11.2017.

⁹ Das Schreiben des ASV ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

¹⁰ Die Vorlage der Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 18.01.2018 ist dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

Frau Dr. Mathes erinnert daran, dass sich einer der fünf mobilen Haltemasten momentan in der Parkallee zwischen Am Stern und Friedenstunnel befinde. Die andere GMT sei an einem fest installierten Haltemast in der Kirchbachstraße angebracht, wo die Geschwindigkeitsübertretungen verhältnismäßig gering seien. Da es in Schwachhausen einen hohen Bedarf gebe, GMT aufzustellen, schlägt sie vor, dass die Fraktionen sich über das weitere Vorgehen beraten.

Wie Frau Schneider anmerkt, könne sich gegebenenfalls die Anschaffung eines mobilen Haltemastes rentieren. Das Ortsamt sagt zu, die Kosten für die Anschaffung zu erfragen.

Prüfung des Parkraumgutachtens durch das ASV

Frau Dr. Mathes berichtet, dass das ASV sich auf die Bitte des Fachausschusses, das vom Beirat Schwachhausen beauftragte Parkraumgutachten prüfen zu lassen, zurückgemeldet habe. Demnach bitte das ASV, aufgrund des weitreichenden Untersuchungsumfangs, um Konkretisierung einzelner Belange. Zudem habe das ASV darauf hingewiesen, dass gemäß der Bremer „Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten“ die nutzbare Mindestbreite von Gehwegen 1,80 Meter betrage und nur in absoluten Ausnahmefällen unterschritten werden dürfe. Daher könne einer Legalisierung von widerrechtlichem Gehwegparken mit Unterschreitung der Mindestmaße nicht zugestimmt werden.

Die Fachausschussmitglieder werden das weitere Vorgehen in den Fraktionen beraten.

Anhörung Riensberger Straße

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass eine Anwohnerin der Riensberger Straße darauf hingewiesen habe, dass der ursprüngliche Fußweg in der Riensberger Straße nicht befestigt, nicht barrierefrei und in einem sehr schlechten Zustand sei. Daneben befinde sich ein befestigter Weg, der gleichermaßen von Radfahrenden und Fußgänger*innen genutzt werde. Sie habe angefragt, ob der befestigte Weg zum offiziellen Fußweg erklärt werden könne. Auf dem „Jour Fixe“, an dem unter anderem das ASV teilnimmt, sei daraufhin besprochen worden, mit der Anwohnerin, der Ortsamtsleitung Horn-Lehe und dem ASV einen Ortstermin durchzuführen, um Details zu klären. Daraus resultierte eine Anhörung des ASV, in der vorgesehen sei, den asphaltieren Radweg zugunsten eines Gehwegs aufzuheben und entsprechende Beschilderungen und Piktogramme „Sonderweg Fußgänger“ anzubringen.

Der Fachausschuss stimmt dieser Maßnahme einstimmig zu.

Elektroladestation in der Wachmannstraße

Frau Dr. Mathes berichtet, dass der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ am 10.01.2018 dem Antrag der swb GmbH zur Errichtung einer Elektro-Ladesäule auf dem Parkstreifen Wachmannstraße in Höhe der Hausnummer 101 einstimmig zugestimmt habe.

Auskunftsersuchen Straßenbahnquerverbindung Ost

Der Fachausschuss „Verkehr“ hatte auf seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, bei der zuständigen Stelle ein Auskunftsersuchen zum Neubau einer Straßenbahnquerverbindung zwischen den Straßenbahnlinien 2 und 10 und der Straßenbahnlinie 1 über Benningsenstraße, Stresemannstraße und Steubenstraße (Querverbindung Ost) zu stellen.¹¹ Gemäß Frau Dr. Mathes sei das Schreiben vom SUBV im Ortsamt eingegangen.¹² Demnach sei unklar, wann der Planfeststellungsbeschluss vorliege. Während der Bauphase werde die Konrad-Adenauer-Allee in beide Fahrtrichtungen für den Kfz-Verkehr freigegeben. Es werde eine durchgehende Erreichbarkeit für die Ziele in Schwachhausen gewährleistet.

Auskunftsersuchen zur Fahrradstraße Parkallee

Herr Pastoor schlägt vor, beim SUBV folgende Auskunftsbitte zur Fahrradstraße Parkallee im Abschnitt zwischen Friedenstunnel und Am Stern zu stellen:

- Wie viele Fahrradfahrer*innen nutzen die Radwege im o. g. Abschnitt?

¹¹ Siehe: [Protokoll Nr. 20](#) mit der Anlage: [Auskunftsersuchen Straßenbahnquerverbindung](#).

¹² Das Antwortschreiben ist dem Protokoll als **Anlage 6** angefügt.

- Wie viele Unfälle wurden in 2017 festgestellt?

Nach einiger Diskussion unter den Fachausschussmitgliedern und Anmerkungen aus dem Publikum einigt sich der Fachausschuss einstimmig auf folgendes ergänztes Auskunftsersuchen:

- Wie viele Fahrradfahrer*innen nutzen die vorhandenen Radwege und wie viele den Straßenraum im o. g. Abschnitt?
- Wie viele Kfz biegen stadteinwärts nach rechts in die Straße An der Weide ab, fahren geradeaus in die Rembertistraße oder biegen nach links in Am Dobben ein?
- Wie viele Unfälle wurden in 2017 festgestellt?
- Wie hoch ist die Anzahl der vorhandenen Parkplätze für die Bereiche des Bewohnerparkens und der ausgestellten Bewohnerparkausweise?

Termin für die nächste Fachausschusssitzung: **Mittwoch, 14.03.2018, 18:30 Uhr.**

Sprecher

Dr. Volkmann

Vorsitzende

Dr. Mathes

Protokoll

Auras